

kaum jemand. Diese rationale Einsicht sei jedoch *eine* Sache, Gefühle und Meinungen seien eine *andere*. Wo beides zusammentreffe, entstünden Unsicherheit und Widersprüche. So versuchten etwa Vollzugspraktiker vielfach einen Strafvollzug zu realisieren, der der Wiedereingliederung diene. Gleichzeitig aber wolle man auch dem Strafbedürfnis der Öffentlichkeit Genüge tun und lege die gesetzlichen Bestimmungen daher restriktiv aus.

Ratlos und unsicher nimmt sich auch der Befund aus der Theologie aus: Die Denkschrift weist darauf hin, daß sowohl eine klassischere, mehr die *Vergeltung* und die *Sühneleistung* betonende Auffassung wie auch eine neuere, für die konsequente *Weiterführung der Strafvollzugsreform* eintretende Richtung vertreten werde. Einerseits gibt man vor, sich nicht ohne weiteres auf eine der beiden Seiten schlagen zu wollen. Der Sache nach ist aber unübersehbar, daß die Sympathie auf der Seite der zuletzt genannten Gruppe liegt – bei aller Betonung der letztlich *nicht aufzubehenden Spannung* zwischen Strafandrohung und Strafe einerseits und dem Weg der Versöhnung andererseits. Christen müßten für einen Bewußtseinswandel eintreten: „Weg von Rachedgedanken und Vergeltungszwang, hin zu Versöhnung und Solidarität“. Und zu dieser für Christen kennzeichnenden Haltung wird auch gezählt, daß die Schwere der Schuld allein in der Fest-

legung der *Dauer* der Strafe ihren Ausdruck finden dürfe, nicht aber in besonderen *Erschwermissen* des Vollzugs.

Die Strafreformbewegung verfügt nur über eine schmale Basis

Aber die Denkschrift geht noch weiter. In den Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Strafvollzugs wird auch eine deutliche Verkürzung der Strafen insgesamt befürwortet. Die Denkschrift zählt zu den „inzwischen fragwürdig gewordenen Gewißheiten des Strafvollzugs“ das Argumentationsmuster, das Maß der Abschreckung steige mit der Höhe der angedrohten Strafe. In welchem Umfang die mit der Bestrafung verfolgten Ziele überhaupt erreicht würden, entziehe sich dem exakten Nachweis. Es widerspreche diesen Zielen aber nicht, Freiheitsstrafen *seltener* und sie *öfter zur Bewährung* zu verhängen. (In der sogenannten „Utopie eines modernen Vollzugssystems“ wird eine generelle *Senkung der Haftquote* in der Bundesrepublik um ein Drittel für denkbar und möglich, wenn auch nicht kurzfristig realisierbar bezeichnet.)

Staatsanwälte und Vollzugspraktiker setzen nach Ansicht der EKD immer noch zu hohe Erwartungen in die *kriminalitätsmindernde Wirkung der Freiheitsstrafe*. Innerhalb des betont „uto-

pischen“ Szenarios einer möglichen Weiterentwicklung des Strafvollzugs setzt die Denkschrift sich außerdem für eine Begrenzung der Größe von Strafvollzugsanstalten ein sowie für die Einrichtung von Wohngruppen innerhalb der Anstalt von bis zu zwölf Gefangenen, von offenen Abteilungen außerhalb der bestehenden Anstalt sowie die Schaffung eines differenzierten Angebots von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der Gefängnisse.

Praktiker im Strafvollzug und auch Politiker dürften gerade diesen letzten ausdrücklich als „utopisch“ bezeichneten Teil als „blauäugig“ abtun. Die Denkschrift verteidigt sich selbst gegen diesen Vorwurf mit der Bemerkung, wer um die „Unvollkommenheit des Menschen“ wisse und dennoch *Vertrauen* zeige, sei letztlich der bessere Realist. An Brisanz mangelt es der Denkschrift jedenfalls nicht, selbst wenn mancher Vorschlag nicht wirklich neu sein mag und seit langem Gefordertes aufnimmt. Das Presseecho auf die Veröffentlichung der Denkschrift blieb aber ausgesprochen mager. Liegt es am Konflikt am Golf, oder daran, daß Deutschland gegenwärtig vor allem mit sich selbst beschäftigt ist? Wahrscheinlich wäre aber das Interesse auch bei einem anderen Umfeld nicht viel größer gewesen, denn die Basis der Strafreformbewegung ist hierzulande ausgesprochen schmal. K. N.

Demokratief Frühling in Afrika?

Das Zeitalter der Einparteiensysteme geht zu Ende

Heftige Proteste von Teilen der Bevölkerung haben in etlichen afrikanischen Staaten eine Entwicklung zu mehr Demokratie angestoßen. Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse und das Ende des Ost-West-Gegensatzes bzw. die Diskreditierung des Sozialismus als Ideologie erzwingen eine Änderung der Verhältnisse. Ohne grundlegende wirtschaftliche Fortschritte, die der Masse der Bevölkerung zugute kommen, steht die Demokratisierung in Afrika allerdings auf sehr schwankendem Boden.

Anfangs hat man es kaum für möglich gehalten, doch jetzt zeigt es sich immer deutlicher: Glasnost und Pere-

strojka haben auch in *Afrika* zu überraschenden gesellschaftspolitischen Veränderungsprozessen geführt. Zwar ist die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in den letzten Monaten von den atemberaubenden Veränderungen in der DDR und in Osteuropa so stark in Anspruch genommen worden, daß das zunächst zaghafte demokratische Aufbegehren in Afrika fast unbemerkt blieb. Inzwischen ist es jedoch nicht mehr zu übersehen.

In Benin, Gabun und Zaire gingen Schüler und Studenten auf die Straßen, Lehrer und andere Staatsbeamte schlossen sich an. In der Elfenbeinküste, in Somalia und Sambia wurden die früher so unangefochten unterstützten Staats-

oberhäupter verunglimpft und offen zum Rücktritt aufgefordert. Überall tauchten Flugblätter auf, die Korruption, Nepotismus und Unfreiheit anprangern. In *Hirtenbriefen*, wie sie z. B. von den katholischen Kanzeln Zaires und Kenias verlesen wurden, wird den Herrschenden ein Hang zum Totalitarismus und zur Vetternwirtschaft vorgeworfen.

Erste Erfolge der Oppositionsgruppen

Die kritisierten Staatschefs reagierten zunächst wie gewohnt: Schulen und Universitäten wurden geschlossen, Demonstrationen verboten, Polizei und Armee marschierten auf. Menschenansammlungen wurden auseinandergetrieben, Rädelsführer verhaftet – in einigen Fällen wurde sogar geschossen. Aber diesmal ließ sich die Bevölkerung nicht mundtot machen. Der Widerstandswille erwies sich stärker als die Bajonette der Soldaten. Immer neue Demonstrationen wurden angesetzt und Streikaufrufe befolgt. Dazu kam die *aktive Unterstützung kirchlicher Institutionen*, die in manchen Staaten schon seit langem auf Konfrontationskurs gegangen waren, und schließlich eine verstärkte Aufmerksamkeit des *Auslands* – sei es durch internationale Presseorgane oder durch die Einmischung westlicher Regierungen und Entwicklungshilfeinstitutionen. Ein besonders markantes Beispiel ist das Massaker an demonstrierenden zairischen Studenten in Lumumbashi, das zunächst von der Regierung vertuscht werden sollte, inzwischen jedoch zu einem internationalen Eklat führte, weil Belgien die diplomatischen Beziehungen bis zu einer endgültigen Aufklärung auf Eis gelegt hat.

Tatsächlich zeigt der zähe Widerstand der Oppositionsgruppen erste Erfolge. Die Staatsmacht weicht zurück: In der Elfenbeinküste, in Gabun und in Zaire haben sich die Staatsoberhäupter *Houphouët-Boigny*, *Bongo* und *Mobutu*, nachdem sie ihre Länder über Jahrzehnte hinweg ohne jeden demokratischen Skrupel als Alleinherrscher regiert hatten, aus den direkten Regierungsgeschäften zurückgezogen. Die exekutive Regierungsgewalt legten sie, ähnlich wie andere Staatschefs, schleunigst in die Hände politisch nicht vorbelasteter Technokraten: Bankiers und Spitzenfunktionäre, die sie aus hohen Positionen in internationalen Finanzinstitutionen abgeworben hatten. Auf diese Weise hoffen sie zu retten, was noch zu retten ist. In Burundi, Kenia und Somalia sind „Nationale Komitees“ eingesetzt worden, die Vorschläge für eine wirtschaftliche und politische Neuordnung erarbeiten sollen. Im westafrikanischen *Benin*, das bis vor wenigen Monaten noch eine waffenstarrende Diktatur mit marxistisch-leninistischer Ideologie war, ist die Entwicklung am weitesten fortgeschritten. Die Weichen sind bereits eindeutig gestellt. Der noch amtierende Präsident *Mathieu Kérékou*, der sich vor 17 Jahren durch eine Militärrevolte selbst an die Macht putschte, ist von einer Nationalen Konferenz unter dem Vorsitz eines katholischen Bischofs gleichsam in einem zivilen Staatsstreich entmachtet und auf seine re-

präsentativen Funktionen zurückgestuft worden. Im August dieses Jahres wurde eine neue Verfassung mit liberalen Grundsätzen und einem gesetzlich verankerten Mehrparteiensystem verabschiedet, und Anfang 1991 sollen ein neuer Präsident und ein neues Parlament vom Volk frei gewählt werden.

Entsprechend günstige Aussichten bestehen in vielen anderen Staaten Afrikas noch nicht, und eine gewisse Skepsis ist angebracht: Mehrheitlich ist es bislang lediglich zur Duldung von Oppositionsgruppen gekommen. Wann und wie *Mehrparteiensysteme* tatsächlich eingeführt werden, ist noch unklar. In Ghana und Nigeria haben die Demokratisierungsbemühungen schon vor geraumer Zeit begonnen, es sind jedoch nach wie vor die Militärs, die das politische Geschehen fest im Griff haben. In Angola, Kenia und Zimbabwe haben sich die Regierungen bislang am erfolgreichsten gegen alle Veränderungen gewehrt. Dennoch sind auch hier oppositionelle Meinungsäußerungen und Demonstrationen nicht mehr zu unterdrücken. Das südliche Afrika geht seinen eigenen Weg. Namibia ist im März dieses Jahres als freiheitliche Demokratie unabhängig geworden, und in der Republik Südafrika scheint mit der offiziellen Anerkennung des ANC der Damm gebrochen: Das Ende der weißen Minderheits Herrschaft steht bevor.

Markt als Ausweg aus der Krise

Mag der Demokratisierungsdruck in den einzelnen Ländern Afrikas bisher noch sehr unterschiedlich sein, so scheint der Drang und Wunsch nach Kritik und Veränderung inzwischen fast den gesamten Kontinent zu überziehen. Die Gründe hierfür dürften in erster Linie *wirtschaftlicher Natur* sein. Das gesamte schwarze Afrika ist im Laufe des letzten Jahrzehnts in eine tiefe Krise geraten. Die Mehrheit der Staaten steht heute schlechter da als während der Kolonialzeit. Wie jüngst von der UNO in einer gründlichen Analyse bestätigt wurde, liegen die wirtschaftlichen Wachstumsraten fast aller schwarzafrikanischen Staaten unterhalb der Zuwachsraten der Bevölkerung, so daß von 1979–1989 die Pro-Kopf-Einkommen von 854 US-\$ auf 565 US-\$ gesunken sind. Die *Kindersterblichkeit* in Afrika ist höher als sonst irgendwo, die Lebenserwartung rangiert mit 51 Jahren am unteren Ende. Die Preise für fast alle Rohstoffe, die aus Afrika exportiert werden, sind drastisch gesunken und die Verschuldung des Kontinents ist auf fast 250 Mrd. US-\$ geklettert. Gemessen an seiner Wirtschaftskraft ist Schwarzafrika damit die höchstverschuldete Weltregion.

Um einen Ausweg aus der Krise zu finden, werden alle Glaubenssätze von gestern über den Haufen geworfen. Dies gilt besonders für die sozialistischen Gesellschaftsmodelle und die wirklichkeitsfremden Entwicklungspläne. Statt dessen soll das Heil nun in der Einführung eines freien Marktmechanismus gefunden werden. Mit welchen Schwierigkeiten ein solcher Schritt verbunden ist, beginnen einige Länder langsam zu spüren. Denn die Umstellung von einer staatlich gelenkten auf eine indivi-

dualorientierte Wirtschaft bringt nicht nur erwünschte Konsequenzen mit sich. Zum einen ist es der *Schwarzmarkt*, der sich gegenwärtig wie ein Krebsgeschwür ausbreitet und teilweise zu enormen Verteuerungen geführt hat, so daß vor allem im Landesinneren der Naturaltausch wieder zugenommen hat. Zum anderen führt der Weg zur Marktwirtschaft über „strukturelle Anpassungsprogramme“, die den afrikanischen Staaten von den westlichen Gebernationen als Vorbedingung für weitere Entwicklungshilfeleistungen verordnet wurden.

Diese Programme, die eine Abwertung der Landeswährung, eine staatliche Austeritätspolitik sowie eine forcierte Deregulierung und Privatisierung der maroden Wirtschaftssysteme verlangen, gleichen einer Radikalkur. In einigen Ländern, wie z. B. in Ghana, Nigeria und Tansania, wurden die angestrebten Stabilisierungen durchaus erreicht. Die unerbittlichen Sparmaßnahmen haben jedoch zugleich die Lebenssituation der städtischen Mittel- und Unterschicht, die in den meisten Staaten bisher relativ bevorzugt waren, markant verschlechtert. So hat die Aufhebung der Preisbindung für Grundnahrungsmittel – wie zuletzt in Sambia – die Schmerzgrenze der Betroffenen überschritten und wilde Hungerrevolten ausgelöst. Auch in anderen Ländern führte die zunehmende Wirtschaftsmisere zu politischem Protest. Um das eigene Überleben zu sichern, wurden die Liberalisierungsdekrete von den Regierenden teilweise wieder zurückgenommen. Die Krise konnte dadurch jedoch nicht behoben, sondern nur aufgeschoben werden.

Der internationale Liberalisierungsdruck ist gewachsen

Generell ist es den Staatseliten in der Vergangenheit immer wieder gelungen, die Schuld für die miserable Wirtschaftsentwicklung in erster Linie dem *Ausland* zuzuschreiben, das für die koloniale Erblast, die sinkenden Rohstoffpreise und die Unterentwicklung verantwortlich gemacht wurde. Neuerdings wird die Schuldabwälzung jedoch immer schwieriger. Die gegenwärtige Protestwelle richtet sich nämlich weniger gegen das Ausland, sondern vielmehr *gegen das eigene Politikversagen*, d. h. gegen die hausgemachte Krise. Ähnlich wie in Osteuropa ist der Bevölkerung die jahrzehntelange Mißwirtschaft und Selbstbereicherung der Staatseliten nicht verborgen geblieben. Entsprechend fordern sie ein Ende der Korruption, des Nepotismus und des selbstherrlichen, autoritären Führungsstils. Daß die meisten Regierungen in eine tiefe Legitimationskrise geraten sind, ist auch den Staatschefs inzwischen klargeworden. Auf dem 26. Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) im Juli 1990 kam es zu einer Gewissenserforschung. Zum ersten Mal wurde in diesem Kreis das Thema Demokratisierung angesprochen. Dabei wurde das politische Versagen der Führungseliten durch den nigerianischen Staatschef *Ibrahim Babangida* und andere öffentlich eingestanden.

Daß sich der politische Protest gegenwärtig viel wir-

kungsvoller erweist als früher, dürfte besonders auf die veränderten internationalen Gegebenheiten zurückzuführen sein. Die politischen Veränderungen in Osteuropa, der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten und die ideologische Bankrotterklärung des Kommunismus/Leninismus haben einer Reihe von Regimen Afrikas den politischen Halt entzogen. Denn die Mehrheit der schwarzafrikanischen Regierungen bekannte sich ideologisch zum Afrikanischen Sozialismus, einer Ideologie, die sowohl Elemente des Wissenschaftlichen Sozialismus wie auch kommunitäre afrikanische Traditionen enthält. Realpolitisch war mit diesem Bekenntnis zum Afrikanischen Sozialismus immer eine Unterstützung durch die sozialistischen Staaten der 2. Welt verbunden. Seit dem Zusammenbruch des ideologischen Gebäudes in Osteuropa sind die ehemals so gefeierten Bande der internationalen Solidarität rissig geworden. Vor allem wurden die finanziellen Unterstützungsleistungen mangels Masse massiv heruntergeschraubt. Es bleibt nur die Öffnung nach Westen, auch wenn man sich in der Vergangenheit vom westlich-kapitalistischen Entwicklungsmodell zumindest ideologisch distanziert hatte.

Die Haltung des Westens war in der Vergangenheit sehr stark durch den Wettlauf der Machtblöcke bestimmt. Afrikas Stellenwert wurde in erster Linie aus geostrategischer Perspektive beurteilt. Bedingt durch die Systemkonkurrenz wurden selbst korrupte Diktaturen gefördert. Die Demokratie- oder Menschenrechtsfrage wurde aus Opportunitätsgründen nicht gestellt. Vor einigen Jahren kam es jedoch zu einer Änderung. Die Hilfe wurde politischer. Angesichts der unbefriedigenden Bilanz der Weltbank-Kredite und der westlichen Unterstützungsleistungen werden nunmehr die Hilfsprogramme mit Bedingungen versehen: Zum einen wirtschaftliche Auflagen, wie die strukturellen Anpassungsprogramme, die auf eine Liberalisierung der afrikanischen Ökonomien abzielen, zum anderen politische Bedingungen, die die Verwirklichung „demokratischer Werte und die Achtung der Menschenrechte“ zum Ziel haben. Dahinter steht die Überzeugung, daß wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie sehr eng miteinander in Verbindung stehen und sich wechselseitig bedingen.

Chancen eines demokratischen Neuanfangs

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, Zukunftsprognosen für die demokratischen Veränderungen in Afrika anzustellen. Hinzu kommt, daß eine Vorausschau für mehr als 50 Staaten mit sehr unterschiedlicher Ressourcenausstattung und mit verschiedenen historischen und gesellschaftspolitischen Bedingungen wenig Sinn machen dürfte. Trotz solcher Einschränkungen lassen sich anhand der neueren Geschichte Afrikas gewisse *Gemeinsamkeiten* feststellen, die Hinweise auf die Chancen eines demokratischen Neuanfangs geben können. Bei einem solchen Rückblick geht es nicht allein darum, wel-

che demokratischen Strukturen – sei es Gewaltenteilung oder ein Mehrparteiensystem – in Afrika bereits existiert haben, sondern vielmehr um die Existenz demokratischer Einstellungen und Haltungen, d. h. um die Entwicklung einer *demokratischen politischen Kultur*.

Was die Demokratieorientierung der vorkolonialen oder kolonialen Zeit angeht, so wird sie von Historikern und Ethnologen sehr unterschiedlich eingeschätzt. Dies ist zum einen auf die jeweilige Regionalerfahrung, auf der anderen Seite aber darauf zurückzuführen, daß die Interpretationen der traditionellen afrikanischen Gesellschaft ideologisch stark variieren. Nicht bestritten wird, daß die Mehrheit der vorkolonialen afrikanischen Gesellschaften autoritär regiert wurden, sei es durch Häuptlinge oder Monarchen, die ihre Herrschaft auf Familien oder Clans gründeten. Zugleich gab es segmentäre, d. h. nicht-hierarchische Gesellschaften, die zumindest in Friedenszeiten kollektive Regierungsformen kannten, z. B. einen Ältestenrat, der konsensual zu entscheiden hatte. Damals wie heute hat es die Institution der Dorfversammlung gegeben, bei der wichtige Gemeinschaftsprobleme offen zur Diskussion gestellt wurden. Bis heute sind es die Dorfältesten (Elders), die eine Entscheidungsfindung herbeiführten und in bestimmten Fällen auch zu Gericht saßen. Diese Tradition, die einem Teil der Bevölkerung ein begrenztes Mitspracherecht einräumt (Palaverdemokratie) und eine gewisse Transparenz gewährt, kann als quasi-demokratisch betrachtet werden. Dennoch sei erwähnt, daß es sich bei den „Ältesten“ immer um eine kleine Gruppe handelte, die nicht nur im Interesse der Mehrheit entschied, sondern häufig eigene Privilegien verteidigte.

Die *Kolonialepoche* selbst kann schwerlich mit demokratischen Maßstäben gemessen werden. Die Kolonisation ist in erster Linie einer militärischen Okkupation gleichzustellen. Oberstes Gebot der Kolonialmacht war die wirtschaftliche Nutzung des Territoriums. Zu diesem Zweck wurde eine *möglichst funktionale Infrastruktur* eingerichtet; Staatsbetriebe wurden eröffnet, Handelsmonopole zugestanden und an Privatfirmen Schürf- und Produktionsrechte vergeben. Jedwede einheimische Konkurrenz wurde, soweit sie bestand oder zu entstehen drohte, verboten oder in den Konkurs getrieben. Die lokale Bevölkerung wurde als billige Arbeitskraft rekrutiert und nur für Hilfstätigkeiten ausgebildet. Kritik oder Widerspruch wurden als Ungehorsam geahndet und bestraft. Erst gegen Ende der kolonialen Besatzungszeit, als aufgrund der westlichen Erziehung eine kleine Minderheit städtischer Afrikaner kulturell assimiliert worden war, wurden die ersten Formen der Selbstverwaltung geschaffen und die Forderungen nach mehr Gleichheit und Freiheit zunehmend ernstgenommen. Der europäisch geprägten Bildungselite gelang es damals, im Entkolonisierungskonflikt die liberaldemokratischen Ideen des Westens sehr wirkungsvoll einzusetzen. Die antikoloniale Stimmung der Parlamentsabgeordneten in Paris, London und Brüssel war zumindest ebensowichtig wie der Druck der Straße in Abidjan, Accra oder Kinshasa.

Nach der Unabhängigkeit degenerierten die meisten dieser neuen Staaten bald zu *Scheindemokratien*. Unter der demokratischen Außenhaut blieb es bei einem durch und durch hierarchischen Regierungs- und Verwaltungsapparat, wie er zuvor von den Kolonialbehörden eingeführt worden war. Lediglich die Spitzenpositionen wurden ausgetauscht: An die Stelle des Generalgouverneurs trat jetzt der neugewählte Staatspräsident. Die neuen Eliten schlüpften in die Rolle früherer Kolonialbeamter, der Umgang mit der Bevölkerung wurde zunehmend autoritär, Widerspruch und Unbotmäßigkeiten wurden mit harten Strafen sanktioniert. Die großen Versprechungen für eine goldene Zukunft nach der Unabhängigkeit waren bald vergessen. Die neue Staatsklasse sorgte vor allem für sich selbst. Sie stützte sich dabei auf gut organisierte städtische Interessengruppen und gut bezahlte Ordnungstruppen; die breite Masse der ländlichen Bevölkerung wurde weitgehend vernachlässigt.

Die autoritären Einflüsse überwiegen

Die neuen Herren fanden in Anlehnung an osteuropäische Vorbilder bald eine Ideologie, ihre neuerworbenen Machtpositionen zu konsolidieren und abzusichern: das Einparteiensystem. *Julius Nyerere* und vielen anderen afrikanischen Staatsführern gelang es, das *Einparteiensystem* wortgewaltig zu legitimieren. Die Einheitspartei solle einerseits zu einer Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte führen und dadurch den inneren Verschleiß, den der Pluralismus mit sich bringe, verhindern. Zum anderen werde die Zulassung von oppositionellen Parteien automatisch dem Tribalismus Vorschub leisten und damit die im Anschluß an die Kolonialzeit mühsam errungene nationale Einheit untergraben. So ernsthaft solche Argumente auch vorgebracht wurden, die tatsächliche Entwicklung Afrikas läßt erkennen, daß die erhoffte Konzentration aller Kräfte nicht der beschleunigten Entwicklung diene, sondern vielmehr zu einer unkontrollierten Ämterhäufung und zu einer skandalösen Selbstbereicherung beitragen, gleichgültig ob dies im Namen des Sozialismus oder des Kapitalismus geschah. Selbst in den Fällen, wo sich das Militär an die Macht geputzt hatte, wurde versucht, sich nachträglich durch ein Plebiszit die notwendige demokratische Legitimität zu verschaffen.

Allerdings muß zugestanden werden, daß das *Problem ethnischer Zersplitterung* nach wie vor besteht und daß tribale Loyalitäten häufig eng mit sozialen und politischen Gegensätzen einhergehen. Der Nationalstaat ist in Afrika noch lange nicht fest etabliert. Wie die Konflikte im südlichen Afrika einerseits und der Bürgerkrieg in Liberia andererseits zeigen, werden ethnische Zugehörigkeiten bei der Verteilung von Machtpositionen auch in Zukunft immer wieder mobilisiert werden können. Die kolonialen Grenzziehungen und Staatenbildungen ohne jede Rücksichtnahme auf unterschiedliche Volksgruppen, Sprachen und Kulturen gleichen einer Zeitbombe, die durch freie Parteienbildung nicht unbedingt entschärft wird.

Heute, drei Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit, bezeichnen sich fast sämtliche Staaten Afrikas als Republiken oder Volksdemokratien. Dennoch sind die demokratischen Freiheiten bisher fast nirgendwo in die Praxis umgesetzt worden. Die Masse der Bevölkerung, die schon die Kolonialverwaltung als Fremdkörper abgelehnt hatte, steht dem neuen Staat nach vielen negativen Erfahrungen voller Skepsis und mit großer Distanz gegenüber. Die gegenwärtige Protestwelle läßt erkennen, daß es an der Basis immer Kritik und Opposition gegeben hat – bei Exilgruppen, Kirchen und in Selbsthilfegruppen und -projekten. So werden gegenwärtig eine Reihe von Nischen der Gestaltungsfreiheit und Selbstverantwortung sichtbar, die der lange Arm der Zentralregierung bisher nicht erreicht hat und in denen wieder in verstärktem Maße Demokratie praktiziert werden kann.

Wirtschaftswachstum und Demokratisierung müssen Hand in Hand gehen

Angesichts der eher undemokratischen Vergangenheit des schwarzen Afrika können die gegenwärtigen Demokratisierungsbemühungen, so zaghaft sie auch noch sind, nur hoffnungsvoll stimmen. Alle Ansätze, den Pluralismus zu fördern und zu erweitern, sollten deswegen unterstützt werden. Wie sich in der Geschichte jedoch immer wieder

gezeigt hat, lauert die Gefahr noch von einer anderen Seite: Alles deutet darauf hin, daß eine funktionierende Demokratie auf einem *Minimum an Wohlstand* aufbauen muß. Zwar zeigt die Entwicklung der letzten Jahre in Lateinamerika, daß trotz des wirtschaftlichen Elends immer noch freie Wahlen stattfinden, doch bleibt die Frage, ob es sich dabei um einen Dauerzustand handelt oder nicht. Denn wenn sich die schlechte Wirtschaftssituation für die Masse der Bevölkerung nicht verbessert, ja sogar verschlechtert, wird der Problemdruck auf die Regierungen immer stärker werden. Politische Schonfristen laufen zu meist schneller ab als wirtschaftliche Gesundungsphasen. Nur wenn es den neuen demokratischen Regierungen in Zukunft gelingt, die Wirtschaftsmisere rasch in den Griff zu bekommen, haben sie eine Chance zum Überleben. Hier setzt die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft ein, die sich in den letzten Jahren immer wieder für mehr Markt und mehr Demokratie in den Entwicklungsländern eingesetzt hat. Demokratisierung in Afrika muß deswegen von internationaler *Entwicklungshilfe* und von einer vernünftigen *Schuldenregelung* begleitet sein, um die wirtschaftliche Bürde nicht zu groß werden zu lassen. Denn sollte es mit der Wirtschaft wie bisher weiter bergab gehen, können die neuen Demokratien den vielfältigen Forderungen der Bevölkerung nicht mehr standhalten. Der Ruf nach einem starken Führer käme bald wieder auf, und das Karussell der Militärdiktaturen würde sich wieder weiterdrehen. *Heribert Weiland*

„Eine bürgerliche Gesellschaft führt keinen Krieg“

Ein Gespräch mit Professor Ernst-Otto Czempel

Die Zeit der militärischen Konfrontation von Nato und Warschauer Pakt in Europa geht zu Ende, die Zeichen stehen auf Abrüstung. Gleichzeitig zeigt der Golfkonflikt, daß der Friede in der Welt bedroht bleibt. Wie muß sich deutsche und europäische Sicherheitspolitik nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes orientieren? Wie kann ein europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten aussehen, das Sicherheit politisch gewährleistet? Darüber sprachen wir mit Professor Ernst-Otto Czempel, Politikwissenschaftler an der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt internationale Politik. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Czempel, im Golfkonflikt spielen die Europäer zwar bisher militärisch wie politisch eine Nebenrolle. Aber ist dieser Konflikt nicht doch ein markantes Vorzeichen dafür, daß sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auch für Europa die entscheidenden

den sicherheitspolitischen Probleme in andere Weltgegenden verlagern bzw. sich dort neue Herausforderungen stellen?

Czempel: Wir haben heute eine Welt vor uns, die nicht mehr durch den Ost-West-Konflikt und den Gegensatz der beiden Supermächte diszipliniert wird. Dieser Gegensatz hat wie eine Klammer gewirkt, weil die Supermächte ihre Politik in der Dritten Welt entsprechend ausrichteten, und die Dritte Welt dadurch in einem sehr starken Maße in den Ost-West-Konflikt integriert wurde. Nun ist er zu Ende, und die Welt wird zunehmend polyarchisch und multipolar. Es war durchaus zu erwarten, daß unter diesen Voraussetzungen regionale Konflikte stärker auftreten würden, weil regionale Mächte eine größere Bedeutung bekommen, sowohl im Mittleren wie im Fernen Osten. Daß es so schnell gehen würde, hätte ich allerdings auch nicht gedacht. Umso dringlicher wird für die Euro-